

# Die Staaten arbeiten zusammen, um Menschen abzufangen, aber nicht, um sie zu retten

Gepostet im italienischen Original auf [www.a-dif.org](http://www.a-dif.org) 21. Januar 2022

<https://www.a-dif.org/2022/01/21/gli-stati-collaborano-per-intercettare-ma-non-per-soccorrere-ancora-un-naufragio-nel-mediterraneo-centrale/>

Von Fulvio Vassallo Paleologo

Seit Monaten verbreiten sich Nachrichten über die Zusammenarbeit zwischen den Küstenstaaten, die im zentralen Mittelmeer engagiert sind, um „die illegale Immigration zu bekämpfen“. Sie beziehen europäische Finanzierungen und verlassen sich auf die Meldungen, die von den Flugzeugen der Agentur Frontex kommen. Eine Politik, die den Kurswechsel der Europa-Abgeordneten hin zu Positionen unterstützt und zum Teil noch steigert, die das Recht auf Leben, das Recht auf Rettung und das Recht auf Asyl nicht anerkennen. [Als ob als Effekt der Pandemie die Folter vertretbar wäre, die den auf dem Meer abgefangenen und nach Libyen zurückgebrachten Migrant\\*innen](#) zugefügt wird; als ob das Ziel, die Grenzen zu verteidigen, einen Wert im Kampf gegen Covid hätte; so lässt es eine unheilvolle zwischenstaatliche [Verordnung](#) durchblicken, die am 7. April 2020 angenommen wurde.

## Aree di responsabilità SAR - Mediterraneo centrale



Die Such- und Rettungszonen im zentralen Mittelmeer

Was auf dem Meer mit hunderten von Toten geschieht, beweist [das Fehlen eines effektiven Dienstes der Suche und Rettung in der sog. Search and Rescue \(SAR\)-Zone](#), die fälschlicherweise der Regierung in Tripolis zuerkannt wurde. Auch das Patt im Prozess der nationalen Versöhnung, das durch die Vertagung der Wahl vom 24. Dezember unterstrichen wurde, und die schwindenden Aussichten auf eine Wiedervereinigung der Behörden der

libyschen Regierung werden dadurch aufgezeigt. [Die Medien berichten nicht darüber, aber in Libyen wird noch gekämpft](#), auch wenn es sich dabei um einen unsichtbaren Guerillakrieg handelt, der aus Verboten, in die Paläste der Macht einzutreten, und den Angriffen auf diese gemacht ist. Die Aussicht auf eine Aufteilung des Landes wird immer konkreter. Man kann nicht erkennen, wie man unter solchen Umständen von einer „libyschen“ maritimen Rettungsleitstelle (MRCC\*) sprechen kann, [auch wenn Italien kürzlich ein Marineschiff mit Ausrüstung für die gemeinsame Rettungsleitstelle \(JRCC\) an Bord auf den Weg gebracht hat](#). Diese gibt es de facto noch nicht.

Vor wenigen Wochen hat ein italienisches Militärschiff eine stattliche Menge an Material nach Tripolis gebracht, um damit vor Ort eine Basis für die Koordinierung der Seenotrettungsaktivitäten aufzubauen. Diese gibt es in Libyen offensichtlich noch nicht, [obwohl Italien und die anderen europäischen Staaten die Erklärung einer „libyschen“ SAR-Zone bei der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation \(IMO\) schon seit dem 27. Juni 2018 zur Kenntnis genommen haben](#).

Ein zusätzlicher Beleg, über das hinaus, was schon in verschiedenen Strafgerichtsprozessen nachgewiesen wurde, ist, dass Libyen, außer, dass es heute noch keine einheitliche territorialen Struktur hat, noch nicht einmal mit einer gemeinsamen Seenotrettungsleitstelle ausgestattet ist. Die libyschen Patrouillenboote führen nur Abfangaktionen mit Rekordzahlen durch. Im vergangenen Jahr sind über 36.000 Menschen in internationalen Gewässern aufgehalten worden. Sie sind nach Libyen in die Hände der Folterer, vor denen sie geflohen waren, zurückgebracht worden - und das mit der Unterstützung Italiens und der Europäischen Union. [In Libyen werden selbst die Asylsuchenden zum Ziel der unterschiedlichen Milizen, die sich um das Territorium streiten](#).



Das Recht auf Asyl als das Recht, ein Land zu betreten, um Schutz zu beantragen, ist praktisch für ungültig erklärt worden. Eine eklatante Verletzung der internationalen Konventionen, derer sich die Politik der „geschlossenen Häfen“ bedient. Diese Politik wurde von dem ehemaligen italienischen Innenminister Minniti nach dem Memorandum über die Einigung

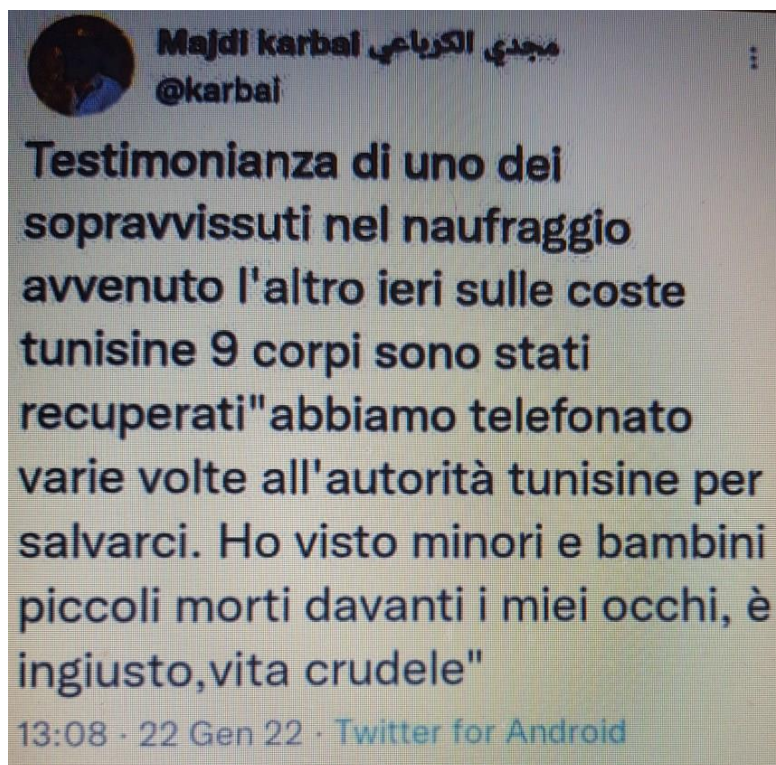
mit den Autoritäten in Tripolis eingeführt, das just vor 5 Jahren am 2. Februar 2017 unterzeichnet worden ist. Diese Politik wurde von Salvini mit den Sicherheitsdekreten und den Anlandungsverboten fortgesetzt. Politische Entscheidungen, die zu einer systematischen Verletzung der Pflicht zur Rettung geführt haben. Diese ist allen Staaten und insbesondere Italien und [Malta](#) von den internationalen Übereinkünften und internem Recht auferlegt. Die politischen Entscheidungen haben des Weiteren zu einer Ausdünnung der Anwesenheit von staatlichen Rettungsschiffen im zentralen Mittelmeer wie auch zu einer heftigen Kampagne der Medien und der Gerichte gegen NGOs geführt, die Menschen in internationalen Gewässern retteten. Diese Kampagne hat, trotz der von den Gerichten verfügten Einstellung der Verfahren, das allgemeine Gefühl der Italiener\*innen verändert und produziert noch heute Aversionen und Hass gegen Gerettete und Retter\*innen.

[Quasi zeitgleich mit dem x-ten Schiffbruch nahe der Grenze der „libyschen“ SAR-Zone\\*, kommt jetzt die Ankündigung, dass Libyen bereit ist, eine Koordinierungsleitstelle für die Rettungen auf dem Meer zu aktivieren.](#) Dies geschieht in einer Zeit, in der das Land so geteilt scheint, dass es nicht einmal gelingt, die Frist einzuhalten, die für die Wahl eines Präsidenten und des Parlaments vorgesehen ist. Die Kontrolle der Küstenstädte bleibt zwischen den Milizen umkämpft. Sie haben sogar die Verlegung von italienischen Militärkontingenten verhindert, die in Misrata stationiert sind. Trotz der Ankündigung einer gemeinsamen Koordinierung der Such- und Rettungsaktivitäten in der sog. „libyschen“ SAR-Zone, bestätigt die tatsächliche Situation, dass die Schiffbrüchigen in dieser Zone ihrem Schicksal überlassen werden, wenn sie nicht von den von Italien finanzierten Schnellbooten abgefangen werden. Oder wenn sie nicht von Schiffen der NGOs gerettet werden, die aber nur eine gelegentliche Präsenz sicherstellen können.

Diese Situation der Vernachlässigung auf dem zentralen Mittelmeer ist auch [eine direkte Konsequenz der Politik der Hafenschließung auf Malta](#), das [nie die Novellierung von 2004 der SAR-Konvention von Hamburg 1979 ratifiziert hat](#). Diese würde sie zwingen, alle Personen zu retten, die sich in Seenot in der sehr großen SAR-Zone befinden, die man sich aus ökonomischen Gründen angeeignet hat. Die Situation ist ebenfalls die Konsequenz der [Hafenschließungs-Politik Italiens, das nach den Übereinkommen mit den Libyern die kollektiven Zurückweisungen](#), die sogar in der maltesischen SAR-Zone durchgeführt werden, an die Schnellboote aus Tripolis delegiert hat. Keine Zusammenarbeit der Polizei ist mit den Behörden eines Landes möglich, die nicht einmal die minimalste Grundlage der Gesetzlichkeit garantieren können. Diese müsste vor und während der bilateralen Kooperationsübereinkünfte und der Memoranden des Einvernehmens verifizierbar sein. [Aber man muss ebenso ausschließen, dass Tunesien sichere Häfen zur Anlandung anbietet](#). Es werden hierzu die Bedenken in Erinnerung gerufen, die in zahlreichen [Gerichtsurteilen](#) enthalten sind. Sie haben die kontroverse Frage der Rettungen behandelt, die in internationalen Gewässern des zentralen Mittelmeeres durch NGOs durchgeführt werden.

Unterdessen brechen einige Migrant\*innen auf der Flucht aus Libyen von der tunesischen Küste auf. [Zahlreich sind ebenfalls die Tunesier\\*innen, die aus einem Land fliehen, das nicht einmal in der Lage ist, eine wirklich repräsentative Regierung zu bilden](#), die die verwüstenden ökonomischen Folgen der aus der Pandemie hervorgehenden Krise händelt. [Im Blick auf die, die von Tunesien aus fliehen, wird kein Unterschied gemacht](#), ob sie tunesische Bürger\*innen

sind oder Migrant\*innen anderer Nationalität, die aus den Schrecken Libyens fliehen. Auch mit Tunesien hat Italien seit langem die Politik bilateraler Abkommen praktiziert, um die Zurückweisungen an die tunesischen Behörden zu delegieren. Diese wurden mit Mitteln und Koordinierung ausgestattet, um zu vermeiden, dass die Migrant\*innen den Kanal von Sizilien überqueren und die Küste Italiens erreichen. [Eine Politik, die in Wirklichkeit eine steigende Zahl an Opfern verbergen will](#), auch weil der „Krieg“ gegen die humanitären Schiffe der NGOs die sogenannten autonomen Anlandungen hat exponentiell steigen lassen. Die Menschen steigen auf behelfsmäßige Boote, die nicht in der Lage sind, die plötzlichen Wetteränderungen in den Wintermonaten zu verkraften.



Zeugnis von einem der Überlebenden des Schiffbruchs vorgestern vor der tunesischen Küste, bei dem neun Körper geborgen wurden „Wir haben die tunesischen Behörden mehrfach angerufen, um uns zu retten. Ich habe Minderjährige und kleine Kinder tot vor meinen Augen gesehen, es ist nicht gerecht, ein grausames Leben.“

Trotz der unmenschlichen Politik der Staaten und der wiederholten Verletzungen des internationalen Rechts auf dem Meer, denen ein exponentielles Wachstum der Personen entspricht, die in nicht sichere Drittstaaten abgeschoben werden, und trotz der Opfer auf dem Meer, haben sich die Anlandungen in 2021 gegenüber 2020 verdoppelt. [Die Überquerungsversuche gehen auch in den Wintermonaten weiter](#), kaum, dass sich die Stürme gemildert haben, die über das Mittelmeer fegen. Der Hotspot Lampedusa steht wieder vor dem Kollaps, weil das System der Quarantäneschiffe nicht für die Zahl der Ankünfte ausreicht. Die Überführungen an Land werden durch die Anti-Covidregelungen und die Dezimierung des Erstaufnahmesystems, die auf die Dekrete Salvinis zurück zu führen ist, erschwert.

Diesem Versagen der Seegrenzkontrollpolitik im Mittelmeer, das sich darin äußert, dass es keine legalen Einreisemöglichkeiten zu Arbeitszwecken oder aus humanitären Gründen gibt, entspricht ein Verhalten des Schweigens auf fast allen italienischen Informationskanälen. [Das](#)

[hat sich heute im Fall der ANSA\\* wieder bewahrheitet. Sie beschränkt sich darauf, nur am Rand der Berichterstattung Nachrichten über die Zurückweisungen zu bringen, die an die tunesische Küstenwache delegiert sind.](#) Diese Einsätze finden mitten in der maltesischen SAR-Zone statt, weil sich die tunesische SAR-Zone auf die 12 Meilen territorialen Gewässers beschränkt. Gleichzeitig schweigt ANSA aber über den fortwährenden Verlust an Leben, den man in den gleichen internationalen Gewässern registriert. Wo die maltesischen und italienischen Behörden einschreiten müssten und wo man den NGO-Aktivitäten der Suche und Rettung keine Hindernisse in den Weg legen dürfte.



[Auch heute müssen wir einen Schiffbruch vor der Küste der Insel Kerkennah registrieren,](#) mit dutzenden von Vermissten, nur von Reuters gemeldet. [Außer Radio Radicale](#) und verzögert nur in der Repubblica-Lokalausgabe für Sizilien berichtet kein anderes Informationsorgan in Italien davon. Dies sind zusammen mit [L'Avvenire](#) die einzigen nationalen Quellen, die Zeug\*innenberichte über die Folter bringen, denen Migrant\*innen in Libyen unterworfen werden. Die Spuren dieser Folter sind gut sichtbar an den Körpern der Schiffbrüchigen, die trotz allem noch von den NGO-Schiffen gerettet werden, [wenn diese nicht durch ebenso fadenscheinige wie rechtsgrundlose Verwaltungshafenanordnungen im Hafen festgehalten werden.](#) Für jedes Schiff, das die Küstenwache aus Gründen, die allein als Vorwand dienen, blockiert, werden hunderte von Menschen von den Libyern zurückgeholt, auch wenn sie schon in internationalen Gewässern angekommen sind. Von dort werden sie zurückgeschickt in die Zentren, in denen sie aus Erpressung oder reinem Sadismus weiterer Folter unterworfen werden. Alle Frauen werden systematisch missbraucht. Aber das erschüttert die Gewissen derer nicht, die die Übereinkünfte zur Zusammenarbeit mit der angeblichen „libyschen“ Küstenwache erneuern. Und viele, zu viele, erhoffen sich die Rückkehr Salvinis ins Viminale (ital. Innenministerium), [als sei der Fall Open Arms vor dem Gericht von Palermo eine Formalität, die man bald abschließen wird.](#)



Salvini dankt der libyschen Regierung. „Sie hat 275 Migranten gerettet und zurückgeführt“

Wir wissen nicht, wie viel Zeit es dazu braucht, dass die internationalen Gerichtshöfe die Verantwortlichkeiten der von den Behörden der Regierungen scheinbar demokratischer Staaten begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit feststellen, die man wegen ihres systematischen Charakters schon seit langem als solche definieren kann. Bis dahin müssen wir den Ausgegrenzten eine Stimme geben. Tag für Tag denjenigen das Wort überlassen, die untergangen sind. Wenn nicht im Meer, dann in der Desinformation und im Hass gegen jede\*n, die\*der versucht, von einem Land in ein anderes zu fliehen, um ihr\*sein Leben zu retten und um irgendeine Zukunftsperspektive zu haben. Deshalb sammeln wir weiter Beschwerden und stellen die politischen Entscheidungsträger\*innen unter Anklage, die den Zuwanderungsnotstand ausnutzen, um ihre Wähler\*innengunst zu steigern, ohne eine Lösung zu liefern. Ebenfalls zeigen wir die Medien an, die mit Stille oder Verfälschung der Nachrichten die Entscheidungen legitimieren. Entscheidungen des Todes, die auch auf dem Schicksal jener Italiener\*innen wiegen könnten, die sich heute vielleicht beruhigt fühlen, weil ein Schiff mit seiner Ladung an Migrant\*innen auf dem Weg zu den Küsten Europas auf hoher See untergegangen ist.

Übersetzung aus dem Italienischen von Rainer Grüber

\*MRCC: Maritime Rescue and Coordination Center – maritime Rettungsleitstelle

\* SAR-Zone: Search and Rescue Zone – Such- und Rettungszone

\*ANSA: Agenzia Nazionale Stampa Associata – Ansa ist eine italienische Nachrichten- und Presseagentur